

Und kein bisschen leise



Bild von LINKS: R.-J. Mathes, C. Martin, J. Dohn vor der Tafel „ABC-waffenfreies Hanau“ (Beschluss aus 1985).

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

dies ist nicht die neunte Ausgabe unseres Jahresberichtes für 2014/2015 — es ist die Nummer Null der neuen Fraktion. Seit Anfang des Jahres bilden nun Jochen Dohn, Ralph-Jörg Mathes und eben Christa Martin die Alternative Linke Fraktion Hanau. Dies ist dahingehend spannend, da Christa Martin Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen ist. Verstärkung erhält die Fraktion durch unseren Fraktionsgeschäftsführer, Jens Feuerhack. Die neue Fraktion vertritt weiterhin eine sozial-ökologische Oppositionspolitik zur regierenden Kleeblatt-Koalition aus SPD, Grüne und Bürger für Hanau. Weiteres dazu, auf unserer Website.

Ihre Alternative Linke Fraktion Hanau

J. Dohn *Christa Martin*
Ralph-Jörg Feuerhack

Christa Martin stellt sich vor

Ich bin eine Grüne. Das konnte mich aber nicht davon abhalten, mit den beiden Hanauer Stadtverordneten der LINKEN eine neue Fraktion zu gründen. Denn hier werden meine Grünen Grundüberzeugungen ernst genommen. Meine Herzensanliegen Tier- und Umweltschutz, der unbedingte Ausstieg aus der Atomenergie, Ressourcenschonung, sind auch bei der LINKEN keine Fremdwörter. Die Arbeit der Alternative Linke Fraktion - eine Alternative, die sich gut anfühlt! Gemeinsam für Chancengleichheit aller Menschen. Es kann nicht angehen, dass die Entlohnung z. B. in den Sozialberufen so unglaublich niedrig ist! Dass sehenden Auges durch den Schlupf unter den „Rettungsschirm“ auch die Hanauer leere Gemeindekasse auf Kosten der Bevölkerung aufgefüllt werden soll. Aus Rot wird Schwarz - das soll angeblich auch bei den Haushaltszahlen Hanaus in wenigen Jahren funktionieren? Hanaus Protzbauten wachsen - aber ohne Sozialwohnungen. Hanaus Betonierung wächst - unter Erwartung der Umsetzung der 2000 zugesagten Bäume. Auf eine erfolgreiche, produktive Zusammenarbeit in der ALF.

Und kein bisschen leise

Oberbürgermeisterwahl — der Neue wird der Alte bleiben

Die Absicht von Oberbürgermeister Kaminsky (SPD), rund 200 städtische Mitarbeiter und somit 20 Prozent des Personals in den nächsten 10 Jahren abzubauen, wird einer der größten Fehler sein, den er in seiner Amtszeit zu verantworten haben wird. Dazu zählt auch die Rückgabe des Sozialamtes an den Main-Kinzig-Kreis, die wir als einzige Fraktion abgelehnt haben. Ebenfalls haben wir das Haushaltssicherungskonzept abgelehnt. Den hierin stehen noch mehr sozial ungerechte Maßnahmen, die im Rahmen der Schutzschirmvereinbarung (ab 2017 ausgeglichen Haushalt) nun durchgeführt werden. So wurden z.B. Eintrittspreise und Gebühren erhöht oder die Adolf-Schwab-Musikschule privatisiert. Aber für die Krämerstraße (Innenstadtumbau) wurden hohe Beträge bewilligt. Und das nur wegen des einheitlichen „Gucks“ (Stadtrat Kowol) und nicht weil es nötig wäre. Verschweigen wollen wir nicht, dass die Sparkassen 2015 rund 3,4 Mio. Euro an die Stadtkasse abführen wird. Schon 2012 hatte wir diesen Vorschlag unterbreitet, damals wurde er abgelehnt.

Schulentwicklungsplan — die Sekundarstufe I der Tümpelgartenschule wird abgewickelt

Diesmal konnten wir dem SEP nicht zustimmen. Grund ist, dass wir die Befürchtung haben, dass gerade im Hauptschulbereich die Klassengrößen zu groß werden. Hintergrund ist das Auslaufen der Sek. I der TGS (zuvor sollte die TGS noch in eine IGS umgewandelt werden). Wir glauben, dass ein Bildungszentrum für 10 Mio. Euro nicht nur für 0-10 Jahre möglich ist, sondern auch bis zur 10. Klasse gehen kann. Ein mögliches Bürgerbegehren werden wir unterstützen.

Hanauer Aufruf

Wohnen muss bezahlbar sein

Der gesamte Aufruf steht auf unserer Website. Hier ein Auszug daraus: Die Hanauer Wohnungspolitik zeichnet sich dadurch aus, dass Wohnungen für Arme abgerissen werden und Neubauten nur für Reiche entstehen. In den vergangenen Jahren wurden mehrere hundert günstige und von sozial schwächer gestellten Menschen bewohnte Wohnungen am Westkarree, dem Ostkarree und in der Gabelsberger Straße abgerissen.

Und kein bisschen leise

Menschenwürde statt Massensterben von Flüchtlingen

Seit Beginn der Stadtverordnetenarbeit war es den Mandatsträger/innen der LINKEN immer ein wichtiges Anliegen sich für eine Willkommenskultur für Geflüchtete in Hanau einzusetzen. Dieser Tradition fühlt sich auch die ALF verpflichtet. Im Oktober 2013 beantragten wir, unter den Eindrücken der Katastrophe vor Lampedusa, den Beschluss „Save Me“ zu erneuern. Wir hatten den Beschluss angestrebt, um den Ertrunkenen Flüchtlinge im Mittelmeer zu gedenken und ein klares Bekenntnis zur Aufnahme von Flüchtlingen in unserer Stadt von den Stadtverordneten zu fordern. Im Juni 2014 schrieb die „Initiative Lampedusa“ einen offenen Brief an die Hanauer Fraktionen. Wir nahmen diesen Brief zum Anlass in der Stadtverordnetensitzung eine Aktuelle Stunde zur Situation der Flüchtlinge in Hanau zu beantragen. Daraufhin wurde auf Vorschlag des Oberbürgermeister ein Schreiben an die zuständigen Minister in Bund und Land und an die Bundestagsabgeordneten des Wahlkreises Hanau gesendet. Alle Fraktionen unterstützten das Schreiben, indem zur Verbesserung der Situa-

tion der Flüchtlinge und einer Änderung der Drittstaatenregelung aufgerufen wurde.

Geflüchtete brauchen eine menschenwürdige Unterkunft und Betreuung sowie die Kommunen eine kostendeckende Finanzierung

Die Landesregierung muss endlich, die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel an die Kommunen ohne wenn und aber weiterleiten, damit nicht die Finanzierung und somit evtl. Ressentiments im Mittelpunkt stehen. Selbstverständlich unterstützen wir in die Modernisierung der zwei Häuserblöcke innerhalb der Sportsfield Housing für die vorübergehende Unterbringung von Flüchtlingen. Außerdem setzen wir uns für eine professionelle Betreuung ein. Ehrenamtliche sollten mit stadtweiten Angebote ergänzend tätig werden. Trotz Schutzschirmvereinbarung muss die Stadt ihrer Verantwortung gerecht werden. Weiterhin müssen alle Anstrengungen unternommen werden, eine dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen zu gewährleisten. Dazu müssen auch die Menschen stärker von der Stadt unterstützt werden, die privaten Wohnraum zu Verfügung stellen.

Und kein bisschen leise

Hanau gedenkt den Opfern der NS-Diktatur — 70. Jahrestag der Zerstörung

Durch einen alliierten Fliegerangriff wurde Hanau am 19. März 1945 in Schutt und Asche gelegt. Nur 20 Minuten dauerte der Nachtangriff, der die historische Innenstadt auslöschte und rund 2.500 Menschen das Leben kostete.



Das Luftbild zeigt das Stadtgebiet Hanau nach dem alliierten Fliegerangriff am 19. März 1945 (Quelle Stadt Hanau).

Zustimmungen

Einigen Anträgen der anderen Fraktionen oder des Magistrates konnte die Fraktion zustimmen. Hier eine kleine Auswahl:

- Nahverkehrsplan 2013-2017
- Städtepartnerschaft mit Nilüfer
- Leitlinien für den Inklusionsprozess in Hanau
- Planfeststellungsverfahren Nordmainische S-Bahn Planfeststellungsabschnitt 3 - Hanau
- Vereinbarung zwischen Hanau und dem MKK zur zusätzlichen Aufnahme von Schülerinnen und Schülern aus dem MKK an Hanauer Gymnasien ab dem Schuljahr 2015/2016
- Sanierungssatzung "Am Kinzigheimer Weg I – Wohnsiedlung Annastraße"; Beschlussfassung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes
- Briefwahl zur Ausländerbeiratswahl
- Unterkünfte für Asylsuchende
- Entwicklungsplan Kindertagesbetreuung Stadt Hanau 2014-2020/2021
- *Interfraktioneller Antrag*
Die Stadtverordnetenversammlung Hanau macht sich die von Oberbürgermeister Claus Kaminsky am 11. September 2013 gehaltenen Rede im Rahmen einer Gegendemonstration zur Kundgebung der NPD zu Eigen.

Und kein bisschen leise

Unsere Anträge von Mai 2014 bis April 2015

1. Die Stadtverordnetenversammlung fürchtet durch das derzeit von der EU-Kommission hinter verschlossenen Türen verhandelte **Transatlantische Freihandelsabkommen** mit den USA (TTIP) sowie das Abkommen mit Kanada (CETA) negative Konsequenzen, z.B. für die öffentliche Auftragsvergabe, die Energieversorgung, den Umweltschutz wie auch für Tarife und Arbeitsbedingungen der Stadt Hanau wie der städtischen Gesellschaften und Eigenbetriebe.

2. Die Stadtverordnetenversammlung lehnt eine weitere Liberalisierung des internationalen Dienstleistungshandels ab, welche Dienstleistungen der Daseinsvorsorge, wie z.B. im Bereich der Bildung, der Kulturförderung, der Gesundheit, sozialen Dienstleistungen, Abwasser- und Müllentsorgung, öffentlichem Nahverkehr oder der Wasserversorgung beinhaltet.

3. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Hanau kritisiert die fehlende Transparenz der Verhandlungen und fordert, dass künftige Verhandlungen öffentlich durchzuführen sind.

4. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Hanau unterstützt in diesem Sinne ausdrücklich den Beschluss des Deutschen Städtetages vom 12. Februar 2014. Der Magistrat der Stadt Hanau wird gebeten zu prüfen, ob Parksünder ihren Strafzettel mit bezahlter Quittung bei der Hanauer Straßenbahn GmbH einreichen können, um im Gegenzug ein Tagesticket für das gesamte Hanauer Stadtgebiet zu erhalten.

angenommen



Wir fordern die Institutionen der Europäischen Union und ihre Mitgliedsstaaten dazu auf, die Verhandlungen mit den USA über die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) zu stoppen, sowie das Umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen (CETA) mit Kanada nicht zu ratifizieren. Informationen und unterschrieben könne Sie hier <http://www.ttip-unfairhandelbar.de/>

Und kein bisschen leise

1. Die Stadt Hanau tritt dem Bündnis „**Vermögensteuer jetzt**“ bei.

2. Der Magistrat wird aufgefordert, sich gegenüber der Landes- und Bundesregierung für die Einführung einer Vermögensteuer entsprechend einzusetzen.

angenommen



REFUGEES WELCOME



NO ONE IS ILLEGAL

Aktuelle Stunde zur **Situation der Flüchtlinge in Hanau**

In der Stadtverordnetenversammlung wurde der Aufruf der Initiative „Lampedusa in Hanau (und Main-Kinzig-Kreis)“ von Jochen Dohn verlesen: „Wir wollen öffentlich auf die Situation der Flüchtlinge aufmerksam machen, die aus Deutschland in EU-Länder abgeschoben werden sollen. Wir wollen protestieren gegen die so genannte Dublin-Regelung, nach der die Flüchtlinge in Europa hin und her geschoben werden. Wir wollen die Öffentlichkeit und insbesondere auch die Stadtverordneten bitten, die Flüchtlinge bei ihrem Wunsch auf ein Bleiberecht zu unterstützen.“

Der Aufruf fand eine breite Unterstützung und es wurde vereinbart, die im Bundestag vertretenden Parteien und die hessische Landesregierung anzuschreiben.

1. Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich gegen den am 23. April beginnenden Probetrieb der sogenannten „**Lärmpausen**“ aus.

2. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Fluglärm in Hanau spürbar zu verringern und unterstützt Herrn Stadtrat Kowol in seinem weiteren Vorgehen.

angenommen mit Ergänzung, dass zu dem Thema eine Ausschusssitzung erfolgen soll

1. Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt die Lohnforderung der Beschäftigten der **Sozial- und Erziehungsbereufe** und hält eine Neuordnung der Eingruppierungsregeln und die Anpassung der Tätigkeitsmerkmale an die Realität für unverzichtbar.

2. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den kommunalen Arbeitgeberverband auf, im Interesse einer guten

Und kein bisschen leise

Personalausstattung die Sozial- und Erziehungsberufe aufzuwerten und die Arbeitsbedingungen entscheidend zu verbessern.

3. Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Landesregierung auf, den Kommunen über den Kommunalen Finanzausgleich mehr und ausreichend Geld zur Verfügung zu stellen, sodass die Kinderbetreuung in Hessen auf einer hohen Qualität weitergeführt werden kann. Außerdem sind Rahmenbedingungen zur Steigerung der Qualität der Arbeit zu definieren. Dazu ist es dringend notwendig, alle Betreuungsschlüssel und Fallzahlobergrenzen, die die Landesregierung zu verantworten hat, so anzupassen, dass Arbeit in den Bereichen der Sozial- und Erziehungsberufe nicht krank macht und Erwerbsminderungsrenten eingedämmt werden.

Änderungsantrag der Kleeblatt-Koalition wurde angenommen

Anfragen

Des Weiteren hatten wir noch folgende Anfragen an den Magistrat gestellt:

Freiwilligenarbeit

FJS/FÖJ-ler bzw. Bufdis werden nicht

selten benutzt, um Lücken zu füllen. Gegebenenfalls führt es auch dazu, dass hauptamtliche und qualitätssichernde Jobs gerade in der sozialen Arbeit ersetzt werden. Gefragt wurde u.a. nach der Anzahl von FJS/FÖJ-ler bzw. Bufdis, die in der Stadt eingesetzt wurden. In welchen Bereichen sie tätig sind und wie hoch die Aufwandsentschädigung ist.

Ausgleichsflächen

Nach Bundesnaturschutzgesetz § 15 und Hessischem Naturschutzgesetz § 14 ist der Verursacher dazu verpflichtet, unvermeidbare Beeinträchtigungen durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege vorrangig auszugleichen (Ausgleichsmaßnahmen) oder in sonstiger Weise zu kompensieren (Ersatzmaßnahmen). Gefragt wurde, wie die Stadt Hanau dem nachkommt und welche Kosten entstehen.

Zwangsräumungen

Immer mal wieder wird von Zwangsräumungen auch in Hanau berichtet. Jedoch wird nicht deutlich, ob es sich hierbei um Einzelschicksale handelt oder ob es in Hanau bereits zu einer Vielzahl von

Und kein bisschen leise

Zwangsräumungen kommt. Gefragt wurde neben der Anzahl der Zwangsräumungen auch nach den Menschen die in erster Linie von diesen betroffen sind.

Wohnungen Pioneer und Sportsfield-Housing

Die Verhandlungen über den Kauf der Kasernengelände Pioneer und Sportsfield-Housing scheinen weitestgehend abgeschlossen zu sein. Auch die Planungen bzw. die Nutzung des Geländes und der Häuser sind mittlerweile weit fortgeschritten. So sollen wohl zwar 4 Wohnblocks für Flüchtlinge auf dem Areal Sportsfield-Housing für 8-10 Jahre erhalten bleiben, jedoch alle anderen Wohnungen, durch die Umwandlung in ein Gewerbegebiet, nach und nach abgerissen werden. Gefragt wurde, welche Paragraphen bzw. Gesetze, Verordnungen oder Richtlinien der Nutzung der Wohnungen auf dem Areal Sportsfield-Housing entgegen stehen?

Kredit bzw. Anlage in Schweizer Franken

Seit die Schweiz im Januar aufhörte, den Euro zu stützen und somit der Kurs des Schweizer Frankens gegenüber dem

Euro anstieg, wurde bekannt, dass einige deutsche Kommunen Kredite in Schweizer Franken haben. Gefragt wurde, ob auch die Stadt Hanau derartige Kredite aufgenommen hat.

Verkehrssituation Baustelle Busbahnhof Freiheitsplatz, Busverkehr Marktplatz, Verkehrssituation im Bangert

Die noch immer währenden Umbauarbeiten am neuen Busbahnhof Freiheitsplatz verursachen weiterhin brisante und gefährliche Situationen im dortigen Straßenverkehr. Im Zusammenwirken von Bussen, KfZ, FahrradfahrerInnen und FußgängerInnen kommt es nach wie vor zu unerfreulichen Begegnungen. Gefragt wurde u.a. nach einer Unfallstatistik und welche Maßnahmen eingeleitet wurden, die die Sicherheit gewährleisten.

Die vorliegenden Antworten des Magistrates und unser Abstimmungsverhalten in der StaVo, können auf unserer Website nachgelesen werden

*Danke,
für Ihr Vertrauen!*